

«Politik + Patient» – eine wichtige Stimme der Ärzteschaft

Felix Adank^a,
Christoph Ramstein^b,
Marco Tackenberg^a

a Redaktion «Politik + Patient»

b Dr. med., Co-Präsident
VEDAG

Bis 2005 war die Deutschschweizer Ärzteschaft die einzige grössere Gruppe in der Gesundheitspolitik ohne meinungsbildendes Organ, das sich an Patienten und die interessierte Öffentlichkeit richtete.

Privilegierte Sprecher

Aus diesem Grund entstand 2005 die Patientenzeitschrift «Politik + Patient». Initiant war Jürg Schlup, damals noch Präsident der Berner Ärztesgesellschaft. Die Zeitschrift erscheint mittlerweile im neunten Jahr, jeweils vor den eidgenössischen Sessionsen in einer Auflage von rund 60000 Exemplaren. Trägergesellschaft ist der Verband deutschschweizerischer Ärztegesellschaften (VEDAG) mit seinen 17 kantonalen Ärztegesellschaften. «Politik + Patient» hat inzwischen die «Sprechstunde» abgelöst, die 1971–2012 erschien. Die Reaktionen von eidgenössischen und kantonalen Parlamentariern, von Bundesämtern, Krankenversicherern und ihren Lobbyisten zeigen, dass die Stimme von «Politik + Patient» wahrgenommen wird.

«Politik + Patient» ist aus zwei Gründen wichtig: Erstens gilt die Ärzteschaft gemäss Bevölkerungsumfragen als vertrauenswürdig – weit vor den Krankenkassen, Gesundheitsökonomern oder gar dem Bundesrat. Diesen Status als «privilegierte Sprecher» müssen Ärztinnen und Ärzte nutzen. Zweitens sind immer wieder wichtige Themen auf der politischen Agenda, welche die Ärzteschaft vital betreffen: aktuell etwa der Zulassungsstopp, die Verbesserung des Risikoausgleichs oder die Initiative für eine öffentliche Einheitskasse. Ein Dauerbrenner ist die von Kassen und einzelnen Parlamentariern geforderte Aufhebung des Vertragszwangs.

Publizistische Linie

«Politik + Patient» bringt die Sicht der Leistungserbringer in die öffentliche Debatte ein und äussert sich pointiert zu gesundheitspolitischen Themen. Für Patientinnen und Patienten, für Stimmbürgerinnen und -bürger, aber auch für Ärztinnen und Ärzte selber ist es wichtig, die Haltung der Ärzteschaft zu kennen und in der politischen Diskussion gegen andere Meinungen abzuwägen. Die publizistische Linie von «Politik + Patient» folgt im Wesentlichen den Positionen und Grundsatzpapieren, die von Ärztinnen und Ärzten auf Verbandsebene erarbeitet wurden. In der Zeitschrift werden aber auch andere Meinungen und abweichende Haltungen berücksichtigt. Die Redaktionskommission des VEDAG überwacht und konkretisiert die publizistische Linie.

Korrespondenz:
Redaktion Politik + Patient
Marco Tackenberg / Felix Adank
Postgasse 19
Postfach
CH-3000 Bern 8
Tel. 031 310 20 70
Fax 031 310 20 82

Info[at]politikundpatient.ch

VEDAG
Dr. med. Christoph Ramstein
Co-Präsident VEDAG
christoph.ramstein[at]hin.ch

Die Gesundheitspolitik mitgestalten
Was den höchsten Hansart der Schweiz bewegt.
Kolumne von Marc Millier
Seite 2

«Entscheidend ist der therapeutische Nutzen»
Thomas B. Ciampi über das riskante Geschäft mit Hochrisikomedikamenten.
Seite 3

Auch die Gesundheitswirtschaft braucht Wettbewerb
Peter Wiederkehr entgegengesetztes Thesen.
Seite 4

5. Jahrgang
Herausgeber: Medizinisch-ethische Arbeitsgemeinschaft (MEGA)
Wartmannstrasse 40
Postfach 21
CH-3000 Bern
Verantwortlich: Felix Adank, Marco Tackenberg, Felix Adank, Christoph Ramstein, Marco Tackenberg, Felix Adank, Christoph Ramstein
Kontakt: Christoph.Ramstein@vedag.ch

POLITIK+PATIENT

Qualität im Fokus der Ärzteschaft

2005 hat die Krankenkammer PMI den Antrag VEDAG betreffend Übernahme, Weiterentwicklung und Forderung des «Leitbilds Qualität der Schweizerischen Ärzteschaft» angenommen. In der Folge hat die Verbindung der Schweizer Kantone und Ärzte am 11. November 2012 die «Schweizerische Akademie für Qualität in der Medizin (SÄZM)» gegründet. Das Ziel: eine bessere Versorgung der Schweizerinnen und Schweizer. Die Akademie soll unabhängige, eigenständige Qualitätsaktivitäten entwickeln. Nationalärztin Beate Heim (SP SÖ) fragte anlässlich der Verabschiedung des Statuts in Bern nach dem Verhältnis zur Qualitätsstrategie des Bundes.

Tatsächlich plant die Bundeskonferenz für Gesundheitsfragen (BMG) bereits ein nationales Qualitätsinstrument – Kernpunkt: 24 Mio. Franken, Heims Befürchtung: Doppelgebühren und Geldmangel. Und sie wolle von den PMI Verwaltungen wissen: «Wie wollen Sie ein verbindliches Minimum der Arztinnen und Ärzte erreichen?» Diese verweisen auf das eben gezeigte Engagement der Ärzteschaft. BMG-Direktor Pascal Stoppeler betont in der Diskussion, er empfand die Akademie nicht als «Kampfanlage an den Bund», wie von Medien behauptet. Er begrüsste die Initiative der PMI, die sich damit klar zu Qualität bekennen. Das geplante nationale Institut für Qualität müsse vom Parlament ja zuerst bewilligt werden. Eine statische Qualitätskontrolle sei in jedem Fall nötig, der Bund habe dann einen gesetzlichen Auftrag. Die Art der Kontrolle sei aber noch offen. Die PMI stehe eine Qualitätssicherung ohne Sanktionen an, wie sie in Deutschland bereits existiert. Und auch BMG-Direktor Stoppeler betonte, er gebe immer Möglichkeiten, zum Beispiel öffentliche Regisse.

Operation Einheitskasse?

Die spannendsten Debatten in einer Demokratie sind die ergebnisoffenen. Dazu gehört der Disput für und wider eine öffentliche Krankenkasse.

Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse beinhaltet eine Schocktherapie. Das Ziel: eine einheitliche nationale Krankenkasse für die obligatorische Grundversicherung. Es wäre dies der fundamentalste Systemwechsel in der Geschichte des schweizerischen Gesundheitswesens. Zuzugelassen und Entgegenkommen der bestehenden Kassen sind einzuholen.

Die aktuelle Initiative verzichtet auf das einkommensabhängige Element. Das macht sie für viele attraktiv. So zeigen sich auch Kantone und Städte, typischerweise feiner Bunde, bei Vorfragen zur Initiative gespannt. 2012 sprachen sich knappe Mehrheiten in Zürich und in der Ostschweiz für die Initiative aus.

2007 wurde ein ähnlicher Vorschlag der SP für eine «öffentliche Einheitskassen» mit einem Beitragsanteil von 71 Prozent abgelehnt. Das klare Scheitern der Initiative war auf die Verknüpfung der Prämienhöhe mit dem Einkommen der Versicherten zurückzuführen. Wer gut verdient, hätte hohe Prämien bezahlen sollen.

Die aktuelle Initiative verzichtet auf das einkommensabhängige Element. Das macht sie für viele attraktiv. So zeigen sich auch Kantone und Städte, typischerweise feiner Bunde, bei Vorfragen zur Initiative gespannt. 2012 sprachen sich knappe Mehrheiten in Zürich und in der Ostschweiz für die Initiative aus.

Fortsetzung auf Seite 2

Politik + Patient 1/13

Bringt die Sicht der Leistungserbringer in die öffentliche Debatte ein: Die Zeitschrift «Politik + Patient».

Gebrauchsanleitung

Damit «Politik + Patient» dorthin gelangt, wo die Zeitschrift ihre grösste Wirkung entfaltet, hier eine kleine Gebrauchsanleitung: Dieser Ausgabe der SÄZ liegen für alle praktizierenden Ärztinnen und Ärzte der Deutschschweiz fünf Exemplare bei – weitere Exemplare können kostenlos bei der Redaktion bestellt werden: Ein Mail an info[at]politikundpatient genügt. Die Zeitschrift kann im Wartezimmer aufgelegt oder – besser noch – persönlich oder als Rechnungsbeilage an Patientinnen und Patienten abgegeben werden.

Zusätzlich wird jede Ausgabe von «Politik + Patient» zusammen mit einem Begleitbrief an alle eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, an die kantonalen Gesundheitsdirektoren, Bundesämter und Medien sowie an gesundheitspolitisch interessierte Fachleute versandt. Alle Ausgaben sowie weitere Artikel, ausführlichere Beiträge und Stellungnahmen finden sich auf www.politikundpatient.ch

Für Rückfragen siehe Korrespondenzadresse.